

Kommentar

Unkalkulierbare Risiken

Showdown Chirac–Sarkozy, Schlingerkurs in der Elfenbeinküste und Türkeifrage

MEDARD RITZENHOFEN*

Man kann Frankreich vieles nachsagen, aber gleichgültig lässt dieses Land nie. Der Hang zur theatralischen Inszenierung einschließlich der innenpolitischen Ränkespiele um die Macht, das ausgeprägte Selbstbewusstsein neben der ständigen Sorge um seinen Platz in der Welt, der Rückhalt in der eigenen Geschichte wie die Ambition, die Zukunft zu denken, all das macht immer wieder Stauern. Wie keine andere europäische Nation erzeuge Frankreich „Bewunderung und Irritation“, stellte der englische Historiker Perry Anderson kürzlich fest. Dieses geteilte Echo ergibt sich aus einem französischen Paradox: Obwohl das Land seit langem eine mittlere Macht ist und nicht einmal mehr in der Europäischen Union Primus inter Pares, nimmt es eine privilegierte Stellung auf dem diplomatischen Parkett ein, und obwohl Zeitgeist und Globalisierung auch in Frankreich ihren Tribut fordern, hält die Nation an ihrem tief in der Historie wurzelnden Glauben an ihre „*exception française*“ fest.

Dieses exklusive Identitätsbewusstsein ist nicht völlig aus der Luft gegriffen. Als eines der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der UN kann Paris als einziges europäisches Land auf einer Augenhöhe mit Washington, Peking und Moskau ins Gespräch treten, ohne – wie London – auf die

Rolle des Juniorpartners der USA festgelegt zu sein. Zudem darf Frankreich mit Amerika und Israel die Urheberschaft einer universellen Idee für sich beanspruchen. Während im Heiligen Land mit dem Monotheismus der Glaube an einen einzigen Gott entstand, teilen sich Frankreich und die USA das historische Patent auf die Verkündung der Menschen- und Bürgerrechte. Von diesen drei „*terres promises*“ (Jacques Attali) genießt Frankreich in der islamischen Welt, die derzeit alle internationale Aufmerksamkeit auf sich zieht, zweifellos die größten Sympathien. Schließlich bleibt das Französische, ehemals die Sprache der Diplomaten und Gebildeten, bis heute die einzige Sprache, die nach dem Englischen rund um den Globus gelehrt wird. Mit der Organisation der Frankophonie, die 56 Staaten umfasst, erhebt Frankreich den Anspruch, Sprachrohr einer „*kulturellen Vielfalt*“ zu sein, die der anglo-amerikanisch geprägten Globalisierung das Feld nicht widerstandslos überlassen will.

Ein weiteres kommt hinzu: Die V. Republik hat seit ihrer Gründung 1958 durchgängig Staatspräsidenten gehabt, die es in ihrem Habitus und Handeln verstanden, Frankreichs besondere Rolle glaubhaft zu machen. Auch wenn Charles de Gaulle mit seiner Grandeur-Rhetorik unerreichbare Maßstäbe setz-

* Medard Ritzenhofen lebt als freier Journalist in Paris / Straßburg.

te, blieb auch für seine Nachfolger im Élysée-Palast das nationale Prestige Dreh- und Angelpunkt aller Politik. Jacques Chirac bildet in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Obgleich weit entfernt von der staatsmännischen Statur *de Gaulles*, und weder über die technokratische Brillanz *Giscard d'Estaings* noch über die literarische Bildung *Mitterrands* verfügend, ist der 72-jährige Neogaullist in die Rolle des *père de la nation* gewachsen. Mehr noch: Nach nunmehr 40 aktiven Jahren in der Politik ist Jacques Chirac nicht nur der Dienstälteste unter den europäischen Staats- und Regierungschefs, sondern auch der Doyen auf der politischen Weltbühne. Zeichen von Amtsmüdigkeit lässt er nicht erkennen. Im Gegenteil. Weder in der Außen- noch in der Innenpolitik geht der Präsident Konfrontationen aus dem Weg. Vor allem seine diplomatische Aktivität macht sich bezahlt. Die Popularität des Staatspräsidenten ist wieder gestiegen. Dass sich Chirac als einziger westlicher Staatsmann bereit erklärte, dem totkranken Palästinenser-Präsidenten Yasser Arafat das letzte Gastrecht in seinem Land zu gewähren – wo er in einem Pariser Krankenhaus nach knapp zwei Wochen starb –, schlug als humanitäre Geste bei den Beliebtheitswerten positiv zu Buche. So halten sich nach einer repräsentativen Umfrage von Mitte November Zufriedenheit und Ablehnung bezüglich Chiracs Amtsführung die Waage. Doch das von den Optimisten gerne ins Feld geführte halbvolle Glas ist schnell leergetrunken. Besonders ausgeglichen wirkt die französische Politik auf keinem Feld. Während in der Diplomatie Widersprüche und Ungereimtheiten ins Auge fallen, richtet sich die Aufmerksamkeit des Publikums auf den innenpolitischen Showdown zwischen Chirac und seinem Herausforderer Nicolas Sarkozy. Dass der imaginierte Königsmörder jetzt mit Bravour den Vorsitz der eigens 2002 zur Unterstützung des Präsidenten gegründeten UMP übernommen hat, entspricht dem romanischen Politikverständnis der französischen Öffentlichkeit. Damit

ist der Staatschef seiner Machtbasis beraubt. Ein Novum in der V. Republik, das umso erstaunlicher ist, als kein Spitzenpolitiker so in seiner Partei wurzelte wie Chirac. Mit einem termingerecht erschienenen Buch der „Le-Monde“-Journalistin Béatrice Gurrey hat der letzte Akt dieser *comédie du pouvoir* bereits einen Namen, der jedem Mantel- und Degenfilm zur Ehre gereichte: „*Le Rebelle et le roi*“ (Albin Michel).

Dass auch ein alter König noch kräftig austeilen kann, bewies Chirac, als er im britischen Fernsehen versicherte, die Welt sei nach dem militärischen Einmarsch in den Irak „nicht sicherer geworden“. Einmal mehr machte sich der Franzose für eine „multipolare Welt“ stark, die nicht von den USA dominiert werde, sondern in der das vereinte Europa ein gleichberechtigter Partner sei. Das war nicht nur ein weiter Ausfall in Richtung USA, sondern auch ein gezielter Affront gegenüber seinem Gastgeber Tony Blair, dem er zudem vorhielt, George W. Bush unterstützt zu haben, ohne dafür mit erkennbaren „Gegenleistungen“ belohnt worden zu sein.

Eigentlich war Chirac Mitte November zu einer zweitägigen Visite für den Abschluss der Gedenkfeiern der „Entente cordiale“ an die Themse gekommen. Von jener „herzlichen Verständigung“, mit der Frankreich und England 1904 ihre traditionellen Interessenkonflikten entschärft hatten, ist 100 Jahre später nicht allzu viel zu spüren. Deshalb aber ist man noch nicht bei einer „Entente glaciale“ angekommen, wie es der gleichnamige Buchtitel von Christian Rondaut nahelegt. Eisig sind die Beziehungen der beiden Länder, die auf vielen EU-Politikfeldern wie selbstverständlich kooperieren, keineswegs. Zudem weiß Chirac nur zu gut, dass sein Konzept der „l'Europe puissance“ nur Gestalt annehmen kann, wenn England mit im Boot ist. Und Blair kann sich auf Dauer nicht damit begnügen, im Kielwasser des amerikanischen Unilateralismus zu segeln. Damit der transatlantische Dialog wieder in Gang kommt,

sind französisches Selbstbewusstsein und britische Mittlerfunktion gleichermaßen gefragt.

Fiasko in der Elfenbeinküste

Trotzdem durfte man sich wundern, wie weit sich *Jacques Chirac* bei seiner Kritik aus dem Fenster lehnte, zumal er mit Blick auf die amerikanische Irakpolitik die Sorge über „eine neue Form des Kolonialismus“ äußerte. Dabei war es zur selben Zeit Frankreich, das von seiner Vergangenheit als Kolonialmacht eingeholt wurde. In der Elfenbeinküste brach der vor zwei Jahren scheinbar eingedämmte Bürgerkrieg erneut mit voller Wucht aus. Während sich Paris bezüglich des Iraks viel darauf zugute hält, über den schmutzigen Niederungen eines verfahrenen Krieges zu stehen, geriet zu selben Zeit französisches Militär zwischen afrikanische Fronten. Bei einem Luftangriff der Regierungstruppen von Präsident *Laurent Gbagbo* auf feindliche Rebellen wurden neun französische Soldaten getötet. Daraufhin zerstörte das französische Militär zwei ivoirische Kampfflugzeuge, was wiederum schwere Ausschreitungen regierungsnaher Milizen gegen die angeblichen „Besatzer“ nach sich zog. Eine Mehrheit der 15 000 in der Elfenbeinküste lebenden und arbeitenden Franzosen sah sich gezwungen, das Land zu verlassen. Nicht nur die Zeitung „*Libération*“ sprach angesichts des Chaos in der Elfenbeinküste von einem „*fiasco français*“, auch der alles andere als regierungskritische „*Figaro*“ ging mit der „unbegreiflichen Afrikapolitik“ ungewohnt hart ins Gericht.

Die Betroffenheit in Paris ist umso größer, als es sich bei der République Côte d'Ivoire um die frühere Vorzeigekolonie Frankreichs handelt. Als das westafrikanische Land 1960 in die Unabhängigkeit entlassen wurde, hielt deren erster Präsident *Félix Houphouët-Boigny* die engen Beziehungen zu Frankreich aufrecht. Beide Länder profitierten von einem regen Handelsaustausch. Während Frank-

reich weiterhin Schlüsselpositionen in Wirtschaft und Verwaltung besetzte, stieg die Elfenbeinküste nicht nur zum weltweit ersten Kakao-Produzenten auf, sondern erarbeitete sich auf seinen Kaffee- und Baumwollplantagen und dank des Ausbaus einer bemerkenswerten Infrastruktur ein regelrechtes Wirtschaftswunder. So ist die Elfenbeinküste nach Südafrika und Nigeria die drittgrößte Wirtschaftsnation in Schwarzafrika.

Umso unverständlicher mutet es an, dass in diesen blühenden Landschaften Afrikas der Rassismus auf fruchtbaren Boden fallen konnte. Es war der zweite ivoirische Präsident *Konan Bédié*, der 1994 mit dem ethnischen Propagandakonzert der „Ivoirité“ Stimmung gegen seinen muslimischen Herausforderer *Alassane Ouattara* machte. Die „Ivoirité“ hebt nicht nur auf die eigene ethnische Identität ab, sondern richtet sich gleichzeitig gegen die einheimischen oder eingewanderten Muslime, die mehrheitlich im Norden des Landes leben. Solange es mit der Wirtschaft rasant nach oben ging, waren die Arbeitskräfte aus den benachbarten Ländern Burkina Faso, Mali, Guinea willkommen, als sich die Rezession in der Elfenbeinküste abzeichnen begann, erwachte in der überwiegend katholischen Stammbevölkerung jedoch der Fremdenhass. Der seit dem Herbst 2000 amtierende Präsident *Laurent Gbagbo* verteidigt das ultranationalistische Konzept der „Ivoirité“ mit allen Mitteln. So dürfen nur Ivoirer Land besitzen, was die Einwanderer aus den Sahelländern, die teilweise schon in der dritten Generation auf den Plantagen der Elfenbeinküste arbeiten, zu Menschen zweiter Klasse macht. Da der Anteil der Immigranten im Laufe der Jahre bis auf ein Drittel der Gesamtbevölkerung gestiegen ist, war der Bürgerkrieg in dem quasi zweigeteilten Land vorprogrammiert.

So stolz Frankreich immer auf „l'ancienne plus belle vitrine de l'Afrique francophone“ blickte, so schnöde ignorierte die Schutzmacht den sich seit langem abzeichnenden

ethnischen Konflikt des Landes. Doch hat Paris schon immer darüber hinweggesehen, wenn afrikanische Machthaber das generelle französische Interesse am Status quo als *Carte blanche* für ihr persönliches Potentatentum verstanden. So auch in der Elfenbeinküste, wo Frankreich die längste Zeit gegenüber Präsident *Gbagbos* xenophober Politik beide Augen zudrückte. Auf welch tönernen Füßen der am 24. Januar 2003 in Marcoussis nahe Paris ausgehandelte Friedensplan stand, hat die jüngste Eskalation gezeigt. Auf Drängen Frankreichs verhängte der UN-Sicherheitsrat jetzt ein Waffenembargo gegen Abidjan und die Rebellen. Ruhe und Frieden werden in der Elfenbeinküste aber erst eintreten, wenn Präsident *Gbagbo* den Weg für demokratische Neuwahlen freimacht und die Diskriminierung des Nordens aufhört.

Bis dahin aber könnte die Elfenbeinküste wirtschaftlich ruiniert sein und Frankreich den letzten Rest seines politischen Kredits in Afrika verspielt haben. Die unrühmliche Rolle, die Paris in der katastrophalen Tragödie des ruandischen Völkermordes spielte, wo es viel zu lange auf der falschen Seite stand, ist noch nicht vergessen. Auch die Einladung *Chiracs* an den simbabwischen Autokraten *Mugabe* zum französisch-afrikanischen Gipfeltreffen im Februar 2003 in Paris zeugte nicht gerade von demokratischem Urteilsvermögen. Zurecht weist Außenminister *Michel Barnier* darauf hin, dass Frankreich „ganz sicher nicht der Gendarm Afrikas“ sein werde. Stattdessen will man „Partner der Entwicklung und des Friedens“ sein. Wenn es Frankreich mit dieser „Berufung“ ernst ist, dürfte das Prestigedenken einer ehemaligen Großmacht auf dem Schwarzen Kontinent nicht länger im Vordergrund stehen. Zwischen vollmundigen Begriffen und diplomatischen Winkelzügen, angestammtem Postkolonialismus und angeblicher Partnerschaft hat Frankreich noch nicht zu einer klaren Linie in seiner Afrikapolitik gefunden. Das liegt nicht zuletzt daran, dass gerade Afrikapolitik stets

als Chefsache betrieben wurde und damit der parlamentarischen Kontrolle entzogen war. Die von *de Gaulle* ausgearbeitete Verfassung der V. Republik macht den Präsidenten – pointiert gesagt – zum Herrn über Krieg und Frieden. Die Außen- und Verteidigungspolitik sind dessen ‘*domaines réservés*’. Geht es dann noch – wie im Fall der Elfenbeinküste – um französisches Einflussgebiet, klaffen auch bei dem beredtesten Kritiker des amerikanischen Unilateralismus Worte und Taten weit auseinander. Für eine multinationale Lösung des westafrikanischen Krisenherds hat sich *Jacques Chirac* jedenfalls nicht stark gemacht.

Riskante Türkei-Debatte

Dass das französische Staatsoberhaupt sogar einen außenpolitischen Kurs fahren kann, der weder von der Nationalversammlung noch von der Bevölkerung, ja nicht einmal von der eigenen Partei gutgeheißen wird, zeigt das Beispiel Türkei. Obwohl sich die Mehrheit aller Politiker und Publizisten in Europa darüber einig ist, dass die EU zunächst einmal nichts mehr braucht als eine Vertiefung ihrer Institutionen, beginnt man, kaum dass man den Club um zehn neue Mitglieder erweitert hat, über nichts so engagiert zu debattieren wie über die Aufnahme eines Landes, das allenfalls eine europäische Randlage einnimmt. Das ist in Frankreich nicht anders als in Deutschland. Im Unterschied zu Deutschland, wo die Türken als Immigranten die zentrale Rolle spielen, bilden sie in Frankreich aber nur eine Minderheit innerhalb der eingewanderten Bevölkerung. Auch im historischen und kulturellen Bewusstsein Frankreichs nimmt die Türkei allenfalls einen marginalen Platz ein. Trotzdem befürwortet *Chirac* mit Verve Beitrittsverhandlungen. An deren Ende sollen die Franzosen per Volksentscheid über den endgültigen Beitritt der Türkei abstimmen. Obwohl *Chirac* dann längst keine politische Verantwortung mehr tragen

wird, legte er sich – ganz gegen seine sonstige Gewohnheit – frühzeitig fest. Bei dem Berliner Dreiertreffen am 26. Oktober mit Bundeskanzler Schröder und dem türkischen Premierminister *Recep Tayyip Erdogan* sagte *Chirac*: „Mein größter Wunsch ist es, dass wir innerhalb von 15 Jahren zu der Möglichkeit eines klaren und einfachen Beitritts kommen. Das ist im Interesse des Friedens und der Demokratie in der Welt und der Region.“

Mit dem Hinweis auf den weitgestreckten Zeitraum der Verhandlungen, hält *Chirac* eine „Polemik“ zu diesem Thema für völlig überflüssig. Eine solche aber hat gerade er entfacht, indem er der Nationalversammlung eine Debatte über den Türkei-Beitritt gestattete, ihr aber das Recht zu einer Abstimmung über das Thema verweigerte. Deutlicher konnte der Präsident nicht zeigen, dass er eine parlamentarische Einmischung in seine 'domaine réservé' nicht wünscht. Die politische Klasse reagierte umso empörter, als sie mehrheitlich von einem EU-Beitritt Ankaras nichts wissen will. In diesem Sinne hatten sich schon Anfang Mai 70 Prozent der UMP ausgesprochen. Die sozialistische Opposition ist auf die Linie der Türkei-Gegner eingeschwenkt, nachdem alle Umfragen eine deutliche Ablehnung einer Vollmitgliedschaft Ankaras bei der Bevölkerung erkennen ließen. Auch die meisten Publizisten und Meinungsmacher können nicht eindringlich genug vor einer „liaison dangereuse“ (so der frühere Justizminister *Robert Badinter*) mit der Türkei warnen.

Warum *Chirac* sich in der Türkei-Frage auf das riskante Spiel Einer-gegen-alle einlässt, ist nicht ganz ersichtlich. *De Gaulle* sprach 1963 von der „vocation européenne de la Turquie“. Will sich *Chirac*, indem er sich genau desselben Begriffes bedient, zum Herold eines Europas vom Atlantik bis zum Euphrat aufschwimmen? Anstatt die alles andere als auf den Nägeln brennende Türkei-Frage auf kleiner Flamme kochen zu lassen, hat der Präsident, indem er den Integrationsprozess

der Türkei in die EU frühzeitig als „irreversibel“ bezeichnete, Öl in ein Feuer gegossen, das leicht auf das neue Gerüst der EU übergreifen könnte. Denn das 2005 in Frankreich anstehende Referendum zu der EU-Verfassung könnte umschlagen in einen informellen Volksentscheid gegen die Türkei. Damit aber hätte sich nicht nur der für ein zustimmendes Votum werbende *Chirac* einen Bären dienst, sondern vor allem Europa den denkbar schlechtesten Dienst erwiesen. Schon lassen die vehementesten Türkei-Gegner verlautbaren, dass eine negative Haltung zu einem EU-Beitritt der Türkei am ehesten durch ein Nein zur Europäischen Verfassung artikuliert werden könnte.

Eine derartige Instrumentalisierung ist nicht völlig ausgeschlossen, zumal die Ablehnung der Türkei emotional bei den Franzosen eher durchschlägt als die Zustimmung zum EU-Vertrag. Überhaupt ist das Ergebnis des Referendums zur Europäischen Verfassung alles andere als sicher. Viel hängt davon ab, wie die vorgeschaltete parteiinterne Urabstimmung bei den Sozialisten ausfällt. Sollte sich am 1. Dezember *Laurent Fabius* als Chef der linken Neinsager zum EU-Vertrag durchsetzen, wäre dies noch keine Vorentscheidung, aber ein denkbar ungünstiges Signal für das EU-Referendum. Und das, obwohl allzu offensichtlich ist, dass der ehemalige Premierminister *Mitterrands* die Führung der Neinsager ausschließlich aus persönlichem Ehrgeiz an sich gerissen hat. Denn sollte sich *Fabius* mit seiner Haltung in der eigenen Partei durchsetzen, wäre ihm die sozialistische Kandidatur für das Präsidentenamt nicht mehr streitig zu machen. Das Nachsehen aber hätten dann nicht nur der noch amtierende Sozialistenchef *François Hollande* und der sozialliberale Wirtschaftsfachmann *Dominique Strauss-Kahn*, die ebenfalls gern die vereinte Linke in die „Mutter aller Schlachten“ („Figaro“) führen würden. Ein Nein der französischen Sozialisten wäre auch eine Hiobsbotschaft für Europa.